

28. Mai

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **25 (1933)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352621>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 4

April 1933

25. Jahrgang

28. Mai.

Die Abstimmung über das eidgenössische Lohnabbau-gesetz ist auf den 28. Mai angesetzt. Damit ist die erste Phase des Kampfes um die Krisenforderungen der Arbeiterschaft in das akute Stadium getreten. Wir stehen vor einem Abstimmungskampf, der jenem von 1924, da über die Verlängerung der Arbeitszeit im Fabrikgesetz entschieden wurde, an Bedeutung gleichkommt, ja ihn noch überragt. In der gegenwärtigen Krise haben wir es nicht bloss zu tun mit dem Versuch der Unternehmer, die Arbeitslosigkeit zur Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiterschaft auszunutzen, sondern das Unternehmertum und die reaktionären Parteien wollen alle Krisenlasten auf die Arbeiterbevölkerung überwälzen. Das Lohnabbaugesetz ist nur die erste Vorlage, die vor den Volksentscheid gelangt. Es ist freilich eine Vorlage, der schon für sich allein gleichzeitig wirtschaftspolitische, sozialpolitische und finanzpolitische Tragweite zukommt. Doch nachher folgen weitere grosse Aktionen, wie der Kampf um die Krisensteuer, um den Abbau der Sozialversicherung, um die Tabaksteuer.

*

Herr Musy, der geistige Führer der arbeiterfeindlichen Politik, pflegt seine Vorträge einzuleiten mit den Worten, es brauche Mut, für die Forderung des Bundesrates nach Lohnabbau einzutreten. Wir wollen gar nicht davon reden, dass Herr Musy seinen Mut dadurch beweist, dass er vor einem Forum spricht, das sorgfältig ausgelesen wurde aus gesinnungstreuen Anhängern seiner Politik, und dass er sich einer öffentlichen Diskussion überhaupt noch nie gestellt hat. Aber wir möchten fragen: Braucht es wirklich so viel Mut, für die Sache einzutreten, die von den meisten bürgerlichen Parteien und der überwiegenden Mehrheit der Presse unterstützt und von allen Unternehmervereinigungen und vom Grosskapital finanziert wird? Man lasse sich nicht täuschen durch den überraschend grossen Erfolg der Unterschriftensammlung gegen

den Lohnabbau. Die politischen und wirtschaftlichen Machthaber werden alles einsetzen, schon um ihr Prestige zu retten und dazu auch den materiellen Erfolg, der ihnen Millionen wert ist. Wir glauben unter diesen Umständen: Ungeheuer viel mehr Mut als Herr Musy werden die Arbeiter und Angestellten aufbringen müssen, die dem Trommelfeuer der gegnerischen Propaganda und dem wirtschaftlichen Druck, insbesondere den Drohungen mit Lohnabbau und Entlassung, zum Trotz gegen das Lohnabbaugesetz aufzutreten.

*

Wir sind gewillt, den Kampf auf sachlichem Boden zu führen. Unsere Sache ist gut, und wir sind überzeugt, dass sie in einer objektiven Auseinandersetzung siegen wird. Doch wenn der Gegner aus Mangel an sachlichen Argumenten zu wirtschaftlichen Druckmitteln greift, werden wir dem nicht tatenlos zusehen können. Dann wird sich auch die Arbeiterschaft ihre Gegner genau ansehen und ihre eigene wirtschaftliche Macht, die vor allem in der konsequenten Ausnutzung ihrer Kaufkraft besteht, zur Anwendung bringen. Es setzt das selbstverständlich eine eiserne Disziplin voraus. Die Organisationen und die Vertrauensleute sollen sich vorbereiten, dass sie gerüstet sind, dem Angriff der Unternehmer wirksam zu begegnen.

*

Es ist den Lohnabbauern klar geworden, dass ihre Parole: « Lohnabbau — Konsumsteuern — Abbau der Sozialpolitik » im Volk keinen grossen Widerhall finden wird. Sie haben daher noch ein Zückerchen hinzugetan, das jetzt unter dem schön klingenden Namen « Notopfer » in die Welt hinausposaunt wird. (Hätten die Gewerkschaften die Initiative für ein Notopfer ergriffen, so würden die Freisinnigen wahrscheinlich von einer Krisensteuer reden.) Stolz ruft jetzt die freisinnige Presse: Wir haben ein Finanzprogramm. Dabei weiss kein Mensch, wie dieses aussehen soll. Schon unter den Freisinnigen hat jeder eine andere Auffassung vom Finanzprogramm und ergänzt es nach seinen Bedürfnissen. Die Konservativen, die trotz ihrer Minderheit im Bundesrat das Ruder fest in den Händen haben, werden erst recht eine andere Meinung darüber haben. Es lasse sich daher niemand täuschen. Das freisinnige « Notopfer » ist nichts anderes als ein Lockartikel, um den Lohnabbau besser begründen zu können. Dieses Notopfer wird, sobald der Lohnabbau beschlossen ist, genau so sicher begraben werden wie seinerzeit die Opfermotion Goetschel, wie die freisinnige Initiative Rothenberger und wie der bundesrätliche Antrag von 1919 auf Erhebung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer.

*

Der Entscheid vom 28. Mai ist nicht nur von grösster Tragweite für die Arbeiterschaft der Schweiz. Es kommt ihm inter-

nationale Bedeutung zu. Die Schweiz ist das einzige Land, wo das Volk in einer Abstimmung sich über die Frage des Lohnabbaues aussprechen kann. Ueberall sonst im Ausland entscheidet das Parlament endgültig. Die Schweiz gehört ferner zu den Ländern, wo die Arbeiterbewegung bisher am erfolgreichsten ihre Errungenschaften verteidigen konnte. Wir dürfen ohne Ueberhebung feststellen, dass unser Land ein zwar kleines, aber nicht unbedeutendes Bollwerk darstellt im Kampfe gegen die soziale Reaktion. Es ist deshalb auch für unsere Kameraden im Ausland nicht gleichgültig, welchen Ausgang der gegenwärtige Kampf bei uns nimmt.

Wir veröffentlichen in diesem Heft einige Beiträge über das Problem des Lohnabbaues von hervorragenden ausländischen Gewerkschaftsführern. Sie zeigen uns, dass der gleiche Kampf, den wir führen, von der Arbeiterschaft aller Länder ausgefochten werden muss. Sie zeigen uns ferner, dass überall, wo die Abbaupolitik durchgedrungen ist, nicht die verheissene Besserung der Wirtschaftslage, sondern im Gegenteil eine ungeheure Verschärfung der Krise die Folge war. Sorgen wir dafür, dass wir am Abend des 28. Mai melden können: Die schweizerische Arbeiterschaft hat ihre Positionen mit Erfolg verteidigt. An die Arbeit, Kollegen, es geht um Reaktion oder Fortschritt in der eidgenössischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik!

Botschaft von Walter M. Citrine

Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes und Präsident
des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der internationale Konkurrenzkampf nimmt manche sonderbare Formen an, aber keine darunter ist stupider und letzten Endes fruchtloser in ihren Wirkungen als der Lohnabbau-Wettlauf zwischen den verschiedenen Ländern, die um die Aufrechterhaltung ihres Exportes kämpfen. Die Folgen dieser Politik sind notgedrungen zerstörend. Sie kann nur eine Verminderung des sozialen Standards in jedem Lande erreichen und muss die Löhne der Arbeiter in allen Ländern auf das Niveau des ärmsten und am schlechtesten organisierten Landes hinunterbringen. Es ist das zu jeder Zeit eine gefährliche und trügerische Politik. Aber in diesen Tagen, wo die Ausfuhr aller Länder zurückgeht und der Produktionsapparat überall weit unter seiner Kapazität ausgenutzt wird, ist das vollkommen vernunftwidrig. Eine solche Politik muss offenkundig das erstrebte Ziel vernichten in dem Masse, als sie allgemein angewendet wird. Und die Gewerkschaftsbewegung hat ja in allen Ländern die gemeinsame Erfahrung gemacht, dass die Unternehmer Lohnabbau verlangen mit der Begründung, die Kosten der Arbeitskraft seien reduziert worden in den Län-